

SCHOCKTHERAPIE Die schnelle Wende hat in Osteuropa die Menschen krank gemacht.

Lebensbedrohliche Revolution

Von Jens Holst

Bis jetzt fehlen die Warnhinweise, wie sie auf Zigarettenpackungen üblich sind: Marktwirtschaft kann tödlich sein. Das ist keine Erkenntnis, die nun im Zuge der aktuellen Finanzmarkt-, Wirtschafts- und Hungerkrisen entstanden ist, sondern ein Schluss, der aus dem Niedergang des Staatssozialismus im ehemaligen Ostblock gezogen werden kann. Eine kürzlich in der angesehenen Medizinfachzeitschrift «Lancet» veröffentlichte Studie zeigt, dass infolge radikaler Privatisierungswellen vor allem Männer deutlich früher sterben. Die britischen Gesundheitswissenschaftler David Stuckler, Laurence King und Adam Coutts weisen nach, dass die Sterblichkeit vor allem dort in die Höhe schnellte, wo der Umbruch von der sozialistischen Plan- zur kapitalistischen Marktwirtschaft radikal erfolgte.

Zehn Millionen vorzeitige Todesfälle

Zwanzig Jahre ist es her, dass der Kapitalismus als Sieger aus der Geschichte hervorzugehen schien und seinen weltweiten Triumphzug einläutete. Nach Auflösung der Sowjetunion und des Ostblocks vollzogen die Staaten Osteuropas und Zentralasiens einen jähen gesellschaftlichen Wandel und stellten die Weichen auf Wettbewerb und Marktwirtschaft. In den Folgejahren ging mancherorts die Lebenserwartung vor allem der Männer dramatisch zurück. Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen Unicef beziffert den Blutzoll des kapitalistischen Umbruchs auf drei, die UN-Entwicklungsbehörde UNDP sogar auf zehn Millionen vorzeitige Todesfälle.

Anfangs führte man diese besorgniserregende Tendenz vor allem auf den Zusammenbruch der Gesundheitsversorgung und der staatlichen Fürsorge zurück. Tatsächlich kam es auf Druck des Internationalen Währungsfonds (IWF) und anderer Finanzinstitutionen in den verschiedenen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion zu drastischen Kürzungen der Ausgaben für die Tuberkulosebekämpfung sowie zu einem spürbaren Rückgang der Arztdichte und der Zahl der Krankenhausbetten. Diese Entwicklungen trugen zu einem deutlichen Anstieg der Tuberkuloseerkrankungen und von deren tödlichen Folgen bei. Auch der hohe

Alkoholkonsum und die Zunahme der Herz-Kreislaufkrankungen liessen in den radikal privatisierenden Staaten die Sterblichkeitsrate deutlicher ansteigen als anderswo. Zudem nahm die Zahl der Selbstmorde und Morde zu. Der gesellschaftliche Umbruch war so tiefgehend, dass er praktisch alle Bereiche der Gesellschaft erfasste. Neben der Privatisierung und dem teilweisen Zusammenbruch der Gesundheitsversorgung verringerten vor allem die rasant ansteigende Arbeitslosigkeit, wachsende Armut und nicht zuletzt die immer ungleichere Einkommensverteilung die Lebenserwartung der Menschen.

Bei ihrer Erforschung der Lebenserwartung von 15- bis 59-jährigen Männern in verschiedenen ehemaligen Ostblockländern verglichen die britischen Wissenschaftler die Entwicklung in verschiedenen Staaten. Dabei unterschieden sie zwischen den Turbokapitalisten und ihren PolitikerInnen, die auf Geheiss von Weltbank, IWF und anderen einen radikalen Kurswechsel vornahmen und innerhalb zweier Jahre mindestens ein Viertel der Staatsunternehmen privatisierten, und solchen, die den Weg in Richtung Kapitalismus langsamer beschritten. Anschliessend analysierten sie mit statistischen Methoden die Effekte, die auf die unmittelbaren Privatisierungsmassnahmen zurückzuführen sind, indem sie Faktoren wie die Ausgangslage, Preisentwicklung, Handelsliberalisierung, Einkommenschwankungen, Konflikte und andere mögliche Störgrössen herausrechneten.

Die Frauen kommen besser klar

Es zeigte sich zunächst, dass die Schocktherapie zu deutlich höherer Arbeitslosigkeit führte, die durchschnittlich um drei Fünftel über jenen der vorsichtiger privatisierenden Regierungen lag. Die Zunahme der Arbeitslosenrate um ein Zehntel wiederum verursachte einen Anstieg der Sterblichkeit von Männern um bis zu drei Prozent. Ein grosser Teil der Unterschiede in der Lebenserwartung von Männern im arbeitsfähigen Alter ist somit auf die rasant steigende Arbeitslosigkeit bei sehr rascher und massiver Privatisierung zurückzuführen. Dieser Effekt tritt besonders stark in der Anfangsphase des gesellschaftlichen Umbruchs auf.

Besser geschützt vor der Unbill des hereinbrechenden Kapitalismus waren

interessanterweise jene Gesellschaften, in denen ein grosser Teil der BürgerInnen organisiert ist – in Sportvereinen, Kirchen, Betriebsgruppen oder Gewerkschaften. Unklar bleibt, warum die weibliche Bevölkerung resistent gegen kapitalistische Umbrüche zu sein scheint, obwohl in den ehemals sozialistischen Staaten viele Frauen erwerbstätig und daher ebenfalls von Arbeitslosigkeit betroffen waren. Überhaupt werfen solche Untersuchungen viele Fragen auf, müssen sie doch komplexe Zusammenhänge auf überschaubare Grössen eingrenzen. Dennoch kommt der Studie unbestreitbar das Verdienst zu, dass sie auf Folgen der Wirtschaftspolitik hinweist, die ÖkonomInnen wie PolitikerInnen üblicherweise völlig ausser Acht lassen.

Alte Rezepte für Litauen

Vor dem Hintergrund der aktuellen Kapitalmarktkrise und des akuten Bedarfs vieler Entwicklungs- und Schwellenländer an zusätzlichen Finanzmitteln ist ein kritischer Blick auf die bisherige Vergabepolitik des Weltwährungsfonds vonnöten. Jahrelang hatte der IWF die Vergabe von Krediten an strenge Sparauflagen geknüpft, die nur durch forcierte Privatisierungen und drastische Kürzungen der Sozial- und Gesundheitsausgaben umzusetzen waren. So warnen die britischen Wissenschaftler ausdrücklich vor der erneuten Anwendung von Schocktherapien etwa in China, Indien oder Ägypten. Aber auch die reichen Staaten Europas und Nordamerikas sind – in der aktuellen Krise – nicht gegen vergleichbare Folgen gefeit. Die Konsequenz: Nicht nur dem Finanzkapital, auch dem Turbokapitalismus müssen enge Grenzen gesteckt werden.

Doch die ÖkonomInnen der internationalen Institutionen scheinen nicht viel dazugelernt zu haben. Vor wenigen Monaten erst knüpfte der IWF die Vergabe eines wichtigen Kredits für Litauen an die Kürzung der Sozialausgaben auf fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die litauische Regierung strich daraufhin die Gesundheitsversorgung und das Bildungsangebot auf ein Minimum zusammen; jetzt steht die Gesellschaft des kleinen baltischen Landes am Rande des Ruins.

JENS HOLST ist Arzt für Innere Medizin und Gesundheitswissenschaftler. Er schreibt regelmässig für die WOZ.